amtlichen wie in der beruflichen Stellung und beim Personal die außereuropäischen Länder einen bei Weitem stärkeren Antheil als die europäischen. — Deutschland ist eben, vermöge des starken Heranwachsens seiner wirthschaftlichen Kräfte, ohne politische Prätensionen in so starkem Grade eine Weltmacht in wirthschaftlichem Sinne geworden, daß es dieser seiner Stellung in allen Verhältnissen Rechnung tragen, sich ihr entsprechend mit den zur Behauptung einer solchen Weltmachtstellung nothwendigen Mitteln und Einrichtungen, die naturgemäß auf maritimem Gebiete liegen, versehen muß. Dessen müssen die leitenden Kreise, aber auch die Volksvertreter stets eingedenk sein.

* **Berlin**, 9. Juni. Zufolge der vom preußischen Justizminister veröffentlichten amtlichen Uebersicht über die Thätigkeit der Schiedsmänner im Jahre 1897 liegen im Vergleiche zum nächsten Vorjahre durchweg geringere Geschäftszahlen vor. Erfreulich ist dies in Bezug auf Beleidigungen und Körperverletzungen, welche von 196 390 auf 194 162, also um 2238, zurückgingen; aber in Anbetracht derjenigen Sachen dieser Art, in welchen beide Theile zur Sühneverhandlung erschienen sind, und nicht minder derjenigen, die nur durch den Sühneversuch mit Erfolg erledigt wurden, zeigt sich im Verhältniß ein noch größerer Rückgang, so daß thatsächlich die Erfolge des Schiedsmannswesens nach dieser Richtung hin geringer waren als im Vorjahre. Unerfreulich macht sich der andauernd starke Rückgang in den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bemerkbar, die von 17 498 auf 15 818 gesunken sind, um 1680 Sachen, beinahe ein Zehntel. Ginge diese Abnahme in demselben Verhältniß von Jahr zu Jahr weiter, so würde binnen etwa zehn Jahren von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vor Schiedsämtern überhaupt keine Rede mehr sein können. Was den Bezirk des Oberlandesgerichts Köln insbesondere betrifft, so steht er mit 3015 bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten immer noch bei Weitem an der Spitze, da z. B. der fast ebenso bedeutende Breslauer Bezirk deren nur 1917 aufweist. Was das Verhältniß der überhaupt angebrachten bürgerlichen Sachen zu den Sühneverhandlungen und dieser wieder zu den erzielten Vergleichen anbelangt, so behauptet der Oberlandesgerichtsbezirk Königsberg den Vorrang, wo auf rund 1200 Fälle rund 1100 Verhandlungen und auf diese wieder beinahe 1000 Vergleiche kamen, d. h. von je 12 Sachen sind 11 verhandelt und 10 verglichen worden, eine unverkennbar günstige Erscheinung, günstig sowohl für den Eifer der Schiedsmänner als auch für die Verträglichkeit der Bevölkerung Ostpreußens. Eine Abnahme der Beleidigungen und Körperverletzungen ist von Jahr zu Jahr keineswegs die Regel, vielmehr findet ein Auf- und Absteigen seit einem Jahrzehnt statt; dagegen sinken die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten leider unaufhaltsam, so scheint es, während die Geschäftszahlen der Gerichte sich fast gleich bleiben. Daher redet das „Just.-Min.-Blatt" einer Reorganisation des Schiedsmannsinstituts das Wort und erklärt das ganze Institut für überflüssig, wenn auf jeden Schiedsmann jährlich noch nicht eine bürgerliche Rechtsstreitigkeit und auf je zwei Schiedsmänner noch nicht ein Vergleich falle. Das amtliche Blatt meint, man solle vor allen Dingen das Erscheinen vor dem Schiedsmann obligatorisch machen und das Nichterscheinen mit Strafe oder mit Versäumnißfolgen belegen. Zur Zeit halten die Rechtsuchenden die Inanspruchnahme des Schiedsmanns für überflüssig, weil sie meist mit Grund annehmen, daß der Gegner im Termine doch nicht erscheinen werde.

Y. **Berlin**, 9. Juni. (Telegramm.) Der **Kaiser** und die **Kaiserin** begaben sich heute früh vom Stadtschloß zu Potsdam aus nach dem Marmorpalais und nahmen daselbst gemeinsam das Frühstück ein. Von 9 Uhr ab hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Militaircabinets Generals von Hahnke und von 11 Uhr ab den Vortrag des Chefs des Civilcabinets Dr. von Lucanus. Hierbei empfing der Kaiser den Buchdruckereibesitzer Georg Bürenstein und den Verleger Richard Bong, Herausgeber und Verleger des Prachtwerkes „Unser Kaiser, zehn Jahre der Regierung Kaiser Wilhelm's II." behufs Ueberreichung dieses Werkes. Um 1¼ Uhr nahmen der Kaiser und die Kaiserin das Frühstück bei dem Generaladjutanten Generallieutenant von Pfuffen ein. Nachmittags um 5 Uhr fand unter Anwesenheit des Kaiserpaares im Katharinenholz bei Potsdam das Adlerschießen des Officiercorps des 1. Garde-Regiments z. F. statt.

B. **Berlin**, 9. Juni. (Privattelegramm.) Wir druckten dieser Tage eine Zuschrift der „Voss. Ztg." ab, nach der in Marinekreisen die **Errichtung von Kohlenstationen** im Mittelmeer, in Marokko, in Westafrika und im Sulu-Archipel ernstlich erwogen werde. Nun erhält die „Voss. Ztg." von ihrem Londoner Berichterstatter folgendes Telegramm:

„Der Madrider Berichterstatter der „Daily News" erfährt, Deutschland habe sich in Verfolg des Planes, eine Reihe von Kohlenstationen im Mittelmeer zu erwerben, dieserhalb Spanien genähert. Man glaube, Spanien dürfte geneigt sein, gegen Deutschlands gute Dienste bei den Vereinigten Staaten die Pachtung einer Station auf den balearischen Inseln zu gewähren. Marokko würde wahrscheinlich ebenfalls Willens sein, Deutschland zwei Plätze pachtweise zu überlassen."

⊙ **Berlin**, 9. Juni. (Telegramm.) Wie die „N. A. Z." hört, beendet der **Reichskanzler Fürst Hohenlohe** in diesen Tagen seinen Aufenthalt in Paris und begiebt sich zunächst nach Schillingsfürst, von wo er um Mitte des Monats nach Berlin zurückzukehren gedenkt.

⊙ **Berlin**, 9. Juni. (Telegramm.) Gegenüber der in einem Theile der Presse ausgesprochenen Vermuthung, es befinde sich Staatssecretair Graf **Posadowsky** hinsichtlich der Stellung der Regierung zu den Wahlen nicht im Einklange mit dem Reichskanzler, stellt die „N. A. Z." ausdrücklich fest, daß Graf Posadowsky seinen sogenannten Wahlbrief selbstverständlich nicht verfaßt hat, ohne sich versichert zu haben, daß die darin ausgesprochenen Grundsätze von dem Reichskanzler gebilligt werden.

⊙ **Berlin**, 9. Juni. (Telegramm.) Wie der „Reichsanzeiger" mittheilt, sind von den Reichsbehörden die geeigneten Anordnungen getroffen worden, daß kein **Reichsbeamter** durch die dienstlichen Obliegenheiten gehindert werde, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen vom Wahlrechte Gebrauch zu machen.

⊙ **Berlin**, 9. Juni. (Telegramm.) Wie die „Nordd. Allg. Ztg." mittheilt, ist der an den **Bankier Haenner** in Tanger am 16. März 1896 verübte Mord nunmehr gesühnt. Nach der Hinrichtung des marokkanischen Mörders Wasani stand noch die Vollstreckung des vom Schwurgerichte in Cadiz über den Mörder spanischer Herkunft Francesco Perez Gallego gefällten Todesurtheils aus. Nachdem der oberste Gerichtshof in Madrid das Urtheil bestätigt hat, ist es am 1. Juni in Cadiz vollstreckt worden. Die noch in letzter Stunde von verschiedenen Seiten gemachten Versuche, die Begnadigung des Mörders zu erwirken, blieben erfolglos. Die der Mitthäterschaft am Morde überführten Marokkaner Jelali und Hassan Errifi verbüßen derzeit die durch das Urtheil des Kadi in Tanger gegen sie erkannte längere Gefängnißstrafe.

— Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe wird, wie der „Hamb. Corresp." erfährt, an der Denkmals-Enthüllungsfeier am 18. Juni in Altona theilnehmen. Das Kaiserpaar wird mit großem Gefolge von Berlin aus in Altona eintreffen. Nach der Enthüllung des Denkmals findet im Sitzungssaale der städtischen Collegien für die geladenen Ehrenbürger und Ehrengäste der Stadt Altona ein großes Diner statt.

— Daß der Kriegsminister gut informirt war, als er die Zumuthung der Landwirthschaftskammern, die von diesen festgestellten Getreidepreise den Ankäufen der Militairverwaltung zu Grunde zu legen, zurückgewiesen hat, beweist ein Aufruf, den der Vorstand der Landwirthschaftskammer für Schlesien an die Landwirthe richtet. Man erfährt daraus, daß gerade die größeren Grundbesitzer sich weigern, den Landwirthschaftskammern Auskunft über die Preise zu geben, welche sie für ihr Getreide erhalten haben. Die Kammer macht nun darauf aufmerksam, daß, wenn die größeren Abschlüsse, die doch die besseren Preise erzielten, bei den Preisnotirungen nicht berücksichtigt werden können, die Producenten selbst in erster Linie geschädigt werden. Es sei unerläßlich, daß die Vertreter der Landwirthschaftskammern in der Markt-Notirungscommission nur dann die Interessen der Landwirthe zur Geltung bringen können, wenn sie ebenso wie die Vertreter des Handels aufs Beste und Genaueste über alle die Preisbildung bedingenden Umstände ständig informirt seien. Mit der absoluten Zuverlässigkeit dieser Notirungen sieht es also noch schlecht genug aus.

— Ueber die Festsetzung der gesetzlichen Bezüge für die Hinterbliebenen verunglückter Beamten hat der Minister der öffentlichen Arbeiten an die Eisenbahn-Directionen der preußischen Staatsbahnen einen neuen Erlaß gerichtet, in welchem bestimmt wird, daß in Zukunft die Entscheidung darüber, ob für die Bemessung der Bezüge der Hinterbliebenen verunglückter Beamten das Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte in Folge von Betriebsunfällen, oder das Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten, in Anwendung kommen soll, danach zu treffen ist, ob zur Zeit der Fälligkeit der einzelnen Leistungen die Berechnung nach dem einen oder dem anderen Gesetze ein für die Hinterbliebenen günstigeres Ergebniß liefert. Es soll daher stets das Gesetz, welches jeweilig die höheren Beträge ergiebt, in Anwendung gebracht werden. Dabei soll an dem Grundsatze festgehalten werden, daß der Gesammtbetrag der Wittwen- und Waisenrente stets dem Gesammtbetrage des Wittwen- und Waisengeldes gegenüberzustellen ist. Diese Bestimmungen sollen auf die Festsetzung derjenigen Hinterbliebenenbezüge Anwendung finden, welche vom 1. Juli d. J. ab zur Zahlung gelangen. Härten, welche hinsichtlich der bisherigen Festsetzungen sich ergeben sollten, sind auf Antrag im Unterstützungswege auszugleichen.

— Die „Braunschw. Landesztg." kommt nochmals auf die Bestrebungen von 1890 zurück, deren Ziel es war, einen Ausgleich zwischen Preußen und der hannoverschen Welfendynastie anzubahnen. Sie bestreitet zunächst die Angabe, der Kaiser habe bei seinem Besuch am dänischen Hofe im Jahre 1890 schon darum nicht den Welfenfonds preisgeben können, weil dies erst auf Veranlassung des Frhrn. v. Hammerstein-Loxten, des damaligen Landesdirectors von Hannover, im November 1891 geschehen sei, der bei Gelegenheit einer Saujagd in Springe dem Kaiser darüber Vortrag gehalten habe, und führt sodann fort:

Daß bei der Jagd in Springe der Frhr. v. Hammerstein auf den Gegenstand zu sprechen gekommen und später bei den Ausgleichsverhandlungen vermittelnd thätig gewesen ist, wofür er dann des Kaisers Bildniß mit der bekannten Ueberschrift: „Recht muß doch Recht bleiben" erhielt, ist uns vollkommen bekannt. Aber das schließt durchaus nicht die Richtigkeit unserer Angabe aus, wonach die ersten grundlegenden Schritte von dänischer Seite geschehen und zwar in Folge eines Familienrathes, der zwischen den verwandten Höfen gepflogen worden war und bei dem auch der verewigte Zar Alexander III. mitgewirkt hatte. Dieser war es sogar, der das Bevorstehen einer solchen Action beim Kaiser gelegentlich seines Besuches am dänischen Hofe andeutungsweise signalisirte. Mehr zu sagen ist schlechterdings unmöglich . . .

— In Betreff der in der Landwirthschaft vorübergehend beschäftigten russisch-polnischen und galizischen Arbeiter hat der Oberpräsident von Brandenburg, Achenbach, der Landwirthschaftskammer mitgetheilt, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die vom Minister des Innern zugelassene Verlängerung der Frist bis zum 1. December nach weiter in besonders dringenden Fällen balancirt werden kann, sobald dahingehende Anträge rechtzeitig gestellt werden.

* **Oletzko**, 7. Juni. Die zunehmende Entwaldung Masurens hat den landwirthschaftlichen Kreisverein Oletzko veranlaßt, dem Minister für Landwirthschaft eine Erklärung zu übersenden, die sich dahin ausspricht: es sei dringend nothwendig, daß die Staatsregierung die Anregung zu Aufforstungen dadurch giebt, daß sie an Private Mittel zur Aufforstung zur Verfügung stellt; daß sie diejenigen schlechten Ländereien, die durch Private nicht aufgeforstet werden, ankauft und aufforstet, und daß sie Waldbesitzern, die sich verpflichten, ihre Wälder forstmännisch zu bewirthschaften, Prämien gewährt. Die Kreisvereine erklären sich bereit, der Regierung solche Stellen namhaft zu machen, deren Aufforstung im Landesculturinteresse erwünscht wäre.

* **Oldenburg**, 7. Juni. Der nordwestdeutsche Canalverein, dessen Begründung bereits gemeldet ist, bezweckt die Wiederaufnahme des Küstencanalprojects, das Minister Maybach vor etwa 15 Jahren dem Landtag als Denkschrift zum Dortmund-Ems-Canal vorgelegt hat. Dieses Project ist eigentlich ganz eingeschlafen oder wenigstens ganz in den Hintergrund gestellt zu Gunsten des Mittellandcanals. Seitdem dieser jedoch von der Regierung wieder mehr begünstigt wird, bieten Hamburg und Altona Alles auf, um statt seiner den Küstencanal zu bekommen. Auch Oldenburg ist lebhaft an dem letzteren interessirt. Es hat seine Hunte vertieft und einen Hafen gebaut, jedoch keinen rechten Erfolg damit gehabt. Wenn es Anschluß an den Dortmund-Ems-Canal erlangte, so ständen sehr erfreuliche Folgen in Aussicht. Oldenburg träte dann in Verbindung einerseits mit dem Rhein bis Straßburg, andererseits mit der Elbe und Oder bis Melnik, Berlin und Breslau. Es handelt sich jetzt um zwei Strecken, die von der Weser nach der Elbe (über Begesack unter Benutzung der Hamme nach Stade und entlang der Elbe nach Harburg) und von der Weser nach dem Dortmund-Emshäfen-Canal. Auf den ersteren kann Oldenburg wohl keinen Einfluß nehmen, den letzteren wird es selbst bauen müssen. Die letztere Strecke ist nur 85 km lang, und von diesen sind 25 km, von Oldenburg nach der Weser, durch die corrigirte Hunte schon gegeben. Es bleiben also nur noch 60 km, eine ganz kleine Strecke, wenn man bedenkt, daß es sich um die Verbindung mit dem Rhein handelt. Bremen steht auf der Seite des Mittellandcanals, der für seinen Handel ja auch von ungleich größerer Bedeutung ist. (Voss. Ztg.)

* **Aus Oberschlesien**, 8. Juni. Schlechte Erfahrungen mit den Polen macht gegenwärtig das Centrum in Oberschlesien. In dem Bericht über die Vertrauensmänner-Versammlung der schlesischen Centrumspartei hieß es: „Die schlesische Centrumspartei tritt diesmal in voller Einigkeit in den Wahlkampf." Daß diese Einigkeit nicht viel zu bedeuten hat, lehren die Vorgänge, die sich zur Zeit in Oberschlesien abspielen. Im Wahlkreise Oppeln hat das Kreis-Wahlcomité auf Betreiben der Polen den bisherigen Abgeordneten Pfarrer Wollny fallen gelassen und den Polen Major Szmula aufgestellt. Die deutschen Centrumswähler sind aber damit nicht einverstanden und halten die Candidatur Wollny gegen die Candidatur Szmula aufrecht. Hervorragende Mitglieder der Centrumspartei im Wahlkreise Oppeln richteten an Major Szmula das Ersuchen, von seiner Candidatur zurückzutreten, erhielten aber keine Antwort. Im Wahlkreise Beuthen-Tarnowitz standen sich im Lager der Verbündeten anfänglich der Erzpriester Myslitzioe und der Bergmann Kralik gegenüber. Das Kreis-Wahlcomité einigte sich schließlich auf die Candidatur des Pfarrer Stephan, und die Wählerversammlung erklärte sich auch damit einverstanden. Nun wird aber aus Beuthen gemeldet, daß die Polen daselbst doch ihren eigenen Weg gehen und einen eigenen Candidaten wählen wollen. Aehnlich liegen die Verhältnisse im Wahlkreise Ratibor, wo die Candidatur des Pfarrer Frank nur dadurch möglich geworden ist, daß als Candidaten für den Landtag der Pole Galda und der Mähre Stanke aufgestellt wurden.

* **Breslau**, 9. Juni. (Telegramm.) Zur Errichtung eines Kaiser-Friedrich-Gedächtnißwerks in Breslau hat sich, wie die „Schlesische Ztg." meldet, hier ein provisorisches Comité unter dem Vorsitze des Geh. Justizraths Prof. Dr. Brie gebildet. Bis zum Beginne des nächsten Winters soll festgestellt werden, ob das Gedächtnißwerk in einer Ruhmeshalle oder einem ähnlichen Bauwerke oder einem Kaiser-Friedrich-Denkmal bestehen soll.

* **Eisenach**, 9. Juni. Im großherzoglichen Schloß hierselbst wurde heute die deutsch-evangelische Kirchenconferenz eröffnet und Namens des Großherzogs vom Cultusminister v. Patwel begrüßt. (M. Z.)

* **Weimar**, 8. Juni. Der Kirchenrath ordnete einen Festgottesdienst in allen evangelischen Kirchen am 80. Geburtstag des Großherzogs an.

w. **Rudolstadt**, 8. Juni. Wie in Sondershausen, so hat auch hier der Candidat der freisinnigen Volkspartei (Redacteur Himmelein-Gotha) seine Candidatur zu Gunsten der Candidatur der freisinnigen Vereinigung — des bisherigen Abgeordneten Lüttich — zurückgezogen.

Großbritannien.

Bündnißhoffnungen und -Sorgen.

* **London**, 9. Juni. (Telegramm.) Morley hielt eine Rede in Leeds und führte aus, alle Parteien seien dafür eingenommen, daß die Bande der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien gefestigt werden, aber er sage, ob die Allianz den Interessen des Friedens dienen oder eine Kriegsdrohung in sich schließen solle. In Bezug auf die Vorschläge, betreffend ein Bündniß mit Deutschland, erklärte Morley seinem Zuhörern, die Politik Deutschlands sei eine do-ut-des-Politik, und fragte, was Großbritannien zu bieten habe, um Deutschland zu veranlassen, sich für den englischen Handel in Gefechten zu begeben, da im Auge behalten werden müsse, daß Deutschland Englands großer Handelsrivale sei und daß Deutschland es gewesen, welches den Brand in China entzündet habe.

Amerika.

Der Krieg.

* **New York**, 9. Juni. (Telegramm.) Nach einer Meldung des „New York Herald" aus Jacksonville verließ die Armee des Generals Shafter Tampa in 29 Transportschiffen. 4 Kriegsschiffe begleiten die Expeditionsflotte, die in drei Geschwader eingetheilt ist. Die Armee hat Lebensmittel für drei Monate mitgenommen. Die Artillerie besteht aus 16 großen Belagerungsgeschützen, etwa 80 Schnellfeuerkanonen und Feldgeschützen. Die Flotte hat sich nach Key West begeben, von wo sie von einem starken Kriegsgeschwader nach einem bestimmten Puncte geleitet werden wird.

* **New York**, 9. Juni. (Telegramm.) Dem „New York Herald" wird aus Washington gemeldet, die Regierung entsende in aller Eile weitere Marine-Infanterie, um Admiral Sampson's Streitkräfte zu verstärken. Das Transportschiff „Panther" habe den Befehl erhalten, mit 650 Mann der Marine-Infanterie unverzüglich nach Santiago abzugehen; dieses Schiff habe auch eine große Menge Granaten und andere Munition an Bord. General Coppinger werde die Expedition nach Puerto Rico leiten. General Lee werde hierbei an zweiter Stelle befehligen. Die nach Puerto Rico bestimmte Invasionsarmee werde etwa aus 20 000 Mann bestehen und sehr stark an Cavallerie sein.

* **New York**, 8. Juni. Zwei amerikanische Kanonenboote feuerten auf ein spanisches Cavallerieregiment bei Cardenas, wobei 25 Reiter getödtet wurden. (Frankf. Ztg.)

* **London**, 9. Juni. (Telegramm.) „Daily Mail" meldet aus Washington, daß die amerikanische Flagge auf allen Forts der Bai von Santiago wehe (?). — „New York Herald" bringt Einzelheiten über die Vernichtung des spanischen Torpedozerstörers „Terror". Dieser wurde von fünf amerikanischen Kriegsschiffen verfolgt und endlich, als er sich an der Küste verirrt hatte, von den Scheinwerfern des Kreuzers „New York" entdeckt. Das Kriegsschiff „Oregon" schoß dann eine tausendpfündige Granate auf den „Terror" ab, wodurch dieser vollständig in den Grund gebohrt wurde. Alle Mann an Bord sind ertrunken. — „Daily Chronicle" meldet aus Washington, der Rapport Sampson's sei eingetroffen. Derselbe erklärt darin, daß er keine Verluste bei der Beschießung Santiagos erlitten habe.

* **London**, 9. Juni. (Telegramm.) Die „Financial News" melden aus Washington: Das Sternenbanner weht über den Trümmern der spanischen Forts in der Nähe der Einfahrt des Hafens von Santiago (?). Admiral Sampson hat von den Befestigungen Besitz genommen. (Magd. Ztg.)

* **New York**, 9. Juni. (Telegramm.) Der Berichterstatter der „World" meldet im Drahtwege aus Hongkong, es sei dort das Gerücht verbreitet, Manila wäre gefallen und von Aguinaldo und der Junta der Rebellen besetzt. Der amerikanische Consul Wildman in Hongkong halte diese Nachricht für verfrüht, glaube aber, daß der Fall Manilas in drei Tagen zu erwarten sei.

* **London**, 9. Juni. (Telegramm.) Die „Times" melden aus Singapore: Das hiesige Philippinen-Comité empfing heute, am 8. Juni, von Aguinaldo folgende Drahtung: „Wir haben die ganze Provinz Cavite und mehrere Städte der Provinz Batangas erobert, zehn Kanonen und 600 Gewehre erbeutet, 2000 Gefangene gemacht, 300 Spanier getödtet. Wir belagern die Hauptstadt der Provinz Cavite, in welcher 300 Spanier sind. Wir hören, der Generalgouverneur von Manila beabsichtige zu capituliren." (Voss. Ztg.)

* **Philadelphia**, 9. Juni. (Telegramm.) Der Capitain des deutschen Panzers „Schleswig" weigerte sich, ein Depositum von 5000 Dollars zu bezahlen, das von ihm verlangt wurde wegen eines gegen ihn schwebenden Verfahrens, da er den Hafen von Philadelphia angelaufen war, ohne beim Verlassen von Kingston die nothwendigen Ausweise erhalten zu haben. Der Fall war nach Washington berichtet und die „Schleswig" einstweilen bewacht worden. Nun hat das Schatzamt von Washington die Hafenbehörden von Philadelphia angewiesen, auf die Erfüllung der Sanitätsbedingungen betreffs der „Schleswig" zu verzichten und ihr die Einfahrt zu gestatten. Die Frage einer etwaigen Geldstrafe wird heute noch entschieden werden.

10 Flammris je für 4—6 Personen
lassen sich aus 1 Packet Mondamin à 60 ₰ herstellen. Erscheint der Preis auch etwas hoch, so ist wiederum Mondamin vorzuziehen, daß sehr wenig davon zu einem Flammri gehört. Der durch Mondamin erlangte zarte und köstliche Geschmack ist unvergleichlich, weil frei von jedem Beigeschmack. Es vereinfacht bedeutend das Kochen, sichert dennoch ein gutes Gelingen, erspart daher Zeit und Mühe. Dies wolle die Hausfrau besonders beachten. Im Uebrigen bürgt für die gute Qualität Brown u. Polson's 40jähriger Weltruf. Mondamin ist in allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Cigaretten,
Gegründet 1875. **Solferino und Corfu.** T.-A. I, 4684.
feinste Marken zu Engros-Preisen.
Hermann Krause,
Markt 13, im Durchgang.

Patent. Das ewige Feuer. Patent.
Grude-Oefen mit Platten und Rost. Badeöfen.
A. Beulshausen, L.-Plagwitz, Carl-Heinestraße 79.
Dauernde Gewerbe-Ausstellung. Katharinenstraße 22.

---

tanische Europa, sowie durch einen dreimaligen Fluch auf die deutschen Fürsten.

Wirth hat nachher den Verlauf des ganzen Festes selbst beschrieben in seinem Büchlein „Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach" (Neustadt a. H. 1832), in dem auch sämmtliche von ihm und Anderen gehaltenen Reden abgedruckt sind. Die Folge des Tages aber war die völlige Unterdrückung der Preß- und Versammlungsfreiheit durch den Bundestag. Wirth selbst, der nicht wie viele seiner Gesinnungsgenossen geflohen war, wurde im Juni 1832 verhaftet und nach Zweibrücken gebracht, 1833 von dem Schwurgerichte zu Landau von der Anklage auf Hochverrath zwar freigesprochen, aber vom Zuchtpolizeibericht wegen Beleidigung in- und ausländischer Behörden im November zu zweijähriger Haft verurtheilt und im April 1834 in das Gefängniß zu Kaiserslautern gebracht. 1835 kam er in mildere Haft nach Passau, und später erlaubte man ihm, unter polizeilicher Aufsicht in Hof zu leben. Am 30. December 1835 aber floh Wirth, infolge der Kerkerhaft an seiner Gesundheit stark geschädigt, durch die sächsischen Herzogthümer über Frankfurt, Karlsruhe, Lauterberg nach Weißenburg, wo er endlich nach dreijähriger Trennung auch seine Familie einmal wiedersah. Doch schon wenige Wochen darauf wurde er von der französischen Regierung landeinwärts 30 Stunden von der deutschen Grenze gewiesen; er ging nun nach Nancy, wohin ihm auch seine Familie nachfolgte und wo er endlich seinen Körper durch eine Radicalcur wieder einigermaßen kräftigte. Im Jahre 1838 siedelte er darauf nach Straßburg über und gab mit mehreren Freunden die in Heidelberg erscheinende historisch-literarisch-philosophische Zeitschrift „Vorort" heraus. Im Herbst 1839 übernahm Wirth die Redaction der von dem Buchhändler Banotti in Konstanz gegründeten Zeitschrift „Der Leuchtthurm", die nun den Namen „Deutsche Volkshalle" erhielt, aber Ostern 1841 wieder einging. Als Thiers mit den Führern der deutschen Demokraten wegen einer Verbündung für den Fall eines Krieges Frankreichs gegen die Mächte unterhandeln wollte, begab sich Wirth sofort nach Frankreich und forderte von Thiers einen Revers, daß Frankreich bei einem Kriege und der Erhebung der Demokratie auf jeden Anspruch auf deutsches Territorium verzichte. Darauf aber wollte Thiers seinerseits nicht eingehen, und nun machte Wirth auf Frankreichs Absichten gegen Deutschland aufmerksam und begann eine heftige Opposition gegen den „National" und den „Niederrheinischen Kurier".

In dieser Zeit veröffentlichte Wirth auch seine Schrift „Die politisch-reformatorische Richtung der Deutschen im 16. und 19. Jahrhundert", eine kritische Betrachtung des Staats- und Verfassungsrechts der Deutschen in seiner Entwickelung, sowie besonders eine Vergleichung der staatsrechtlichen, socialen und politischen Zustände, die zu der reformatorischen Bewegung im 16. und 19. Jahrhundert hindrängten. Als hauptsächlichste Ursache der unerquicklichen Zustände sieht Wirth in beiden Zeitaltern die Vernichtung der Reichsgewalt oder der Nationaleinheit an, deren Wiederherstellung nach seiner Meinung das erste Hauptwerk jener Bewegungen sein sollte; ein Werk, das dem 16. Jahrhundert, wo die Fürsten nach größerer Souveränität — also weiterer Zersplitterung des Reiches — strebten, nicht gelang, dessen Gelingen er aber von den veränderten Verhältnissen des 19. Jahrhunderts erhofft. Er geht dann ausführlich auf die Leiden und Verfolgungen des Volkes und seiner Führer in den dreißiger Jahren ein und auf die Mittel zu einer Besserung dieser Zustände durch einmüthigen Zusammenschluß des Volkes zum Kampfe gegen die Bedrücker und gegen die Anmaßungen Frankreichs gegen das zerstückelte Deutschland, das so schon im dreißigjährigen Kriege den Franzosen und Schweden zum Opfer gefallen ist.

Durch diese auch heute noch außerordentlich interessante Schrift aber wurde Wirth mit seinem Verleger Banotti in einen Proceß verwickelt, der so unglücklich für ihn endete, daß er alle seine Mittel verlor, und daß alle seine Habseligkeiten zur Versteigerung kommen mußten. Wirth wurde nach diesem Schicksalsschlag wie umgewandelt. Um sich eine Existenz zu schaffen, begann er 1841 seine „Geschichte der Deutschen" und dann seine „Denkwürdigkeiten aus meinem Leben" zu schreiben, die freilich beide einen namhaften materiellen Erfolg nicht hatten. In seiner „Geschichte der Deutschen", die 1842—45 in 4 Bänden erschien, wollte er keine bloße Geschichte der Dynastenhäuser, keine Kriegs- und Schlachtengeschichte bieten, sondern die innere Entwickelung des Volkes zeigen. Diesem löblichen Grundsatze ist er leider im Verlaufe des Werkes nicht treu geblieben; zwar giebt er nicht nur einfache Erzählung, sondern wirkliche Belehrung durch klare Schilderung der Zustände, wie der Entwickelung des Neuen aus dem Vorhergegangenen, aber, die eigentliche Culturgeschichte wird nur sehr knapp behandelt und die wirthschaftliche Gestaltung und Veränderung fast gar nicht berührt; und sein einst so energisch demokratischer Standpunct ist in dem Buche einer sehr zahmen constitutionellen Gesinnung gewichen. Seine „Denkwürdigkeiten", die sein Leben bis zur Uebersiedelung nach München im Jahre 1831 beschreiben, enthalten sehr interessante Einzelheiten aus Wirth's reichen Erfahrungen, über bekannte Persönlichkeiten und mannigfache Ereignisse aus jenen politisch so bewegten Jahren.

Einige Zeit darauf kam Wirth durch eine kleine Erbschaft in den Stand, sich ein kleines Bauerngut in der Schweiz zu kaufen, das er durch immer neue Ankäufe allmählich zu vergrößern strebte, ohne doch die Schulden bezahlen zu können, die darauf lasteten. Er trieb dieses unpraktische, bei seinem geringen Besitzthume geradezu sinnlose Verfahren schließlich so weit, daß die Güter zur Deckung der Schulden gerichtlich verkauft wurden und er nun völlig mittellos dastand. Um in dieser traurigen Lage aus der Fremde nach Bayern zurückkehren zu können, wo noch die Polizeiaufsicht auf ihm lastete, erbat sich Wirth vom König einen Reisepaß, der ihm Ende 1846 auch ausgestellt wurde, worauf dann auch die Aufhebung der Polizeiaufsicht erfolgte. Wirth ließ sich nun in Karlsruhe nieder, wo er im Juli 1847 ein neues Blatt, „Das deutsche Reichsblatt", dann „Nationalblatt" genannt, gründete, das eine constitutionell-monarchische Richtung vertrat, aber nicht lange bestand. Auch begann er hier eine Fortsetzung seiner deutschen Geschichte, die nach seinem Tode von Wilhelm Zimmermann weiter geführt wurde und unter dem Titel „Die Geschichte der deutschen Staaten von der Auflösung des Reiches bis auf unsere Tage" erschien. Ein Vorschlag, den er damals machte, einen Vergleich zwischen Fürsten und Volk durch eine Reichsverfassung (Kaiser nebst Staaten- und Volkshaus) herbeizuführen, zog dem einst so republikanisch gesinnten Manne von Seiten seiner alten Freunde und ihrer Gesinnung treu Gebliebenen viele Anfeindungen zu wegen des Aufgebens seiner einstigen Ideale. Als aber das Jahr 1848 mit seinen gewaltigen, alle Classen des Volkes durchdringenden Regungen anbrach und in allen Gauen sich wieder zuversichtliches Leben zeigte, da kehrte auch in den Feuerkopf von ehedem die alte Begeisterung zurück. Trotzdem er immer mit körperlichen Leiden und materiellen Sorgen zu kämpfen hatte, raffte er sich wieder energisch auf, des Volkes Sache zu der seinen zu machen. Ja, er unternahm sogar einen Ritt durch ganz Deutschland, um die Stimmung des Volkes zu erkennen; auch um ein Abgeordnetenmandat zur deutschen Nationalversammlung bemühte er sich und schrieb in den Märztagen seine Schrift „Ein Wort an die deutsche Nation", die 1849 „mit Randglossen von (seinem Sohne) M. Wirth" erschien. Reuß-Schleiz-Lobenstein wählten ihn zum Abgeordneten. Aber bald bildete sich in diesen Tagen voller Erregung und Strapazen ein heftiges Lungen- und Luftröhrenleiden bei ihm aus. Doch trotz alledem ließ er sich nicht abhalten von seinem Drange; schwerkrank und von allen Mitteln entblößt, eilte er nach Frankfurt. Das Parlament aber sollte seine Stätte des Wirkens und des Ruhmes mehr für ihn sein. Ohne ein einziges Mal das Wort genommen zu haben, schied er dahin, — arm und gebrochen, er, der einst im Dienste der Befreiung seines Volkes Gesundheit und Wohlstand verloren hatte, auf dem Plane, der von Neuem der Sache des Volkes dienen sollte.